№ 2. **Provinzial-Correspondenz.** 13. Januar 1864.

Zweiter Jahrgang.

Rede des Kriegs-Ministers.

Bei den nochmaligen Berathungen, welche so eben über die neuen Heereseinrichtungen im Abgeordnetenhause stattgefunden haben, hat der Kriegs-Minister von Roon wiederum eine jener schlichten, klaren, männlich ernsten und festen Reden gehalten, wie man sie von ihm zu hören gewöhnt ist.

Er sagte gleich beim Beginn, daß er nicht im Geringsten hoffe, durch seine Rede noch auf die Beschlüsse des Hauses einzuwirken: er wisse sehr wohl, daß diese Beschlüsse im Voraus abgemachte Sache seien; schon in den Sitzungen der Fractionen werde Alles beschlossen und festgesetzt, ehe es zu den öffentlichen Berathungen komme, die nur zum Scheine und gewissermaßen als Schauspiel da seien, — und da die Gegner der Regierung eine sehr große Mehrheit im Hause ausmachten, so würde jede Bemühung gegen jene vorgefaßten Beschlüsse vergeblich sein. Er müsse aber sprechen, weil es sein Amt erfordere, er müsse die Ueberzeugungen und Grundsätze der Regierung darlegen, — er wolle einfach, ohne große Worte und ohne Bitterkeit sprechen, um nicht von Neuem Zwistigkeiten herbeizuführen, welche für die Regierung, wie für das Land nicht nützlich und heilsam seien.

»Ich will«, fuhr er mit Rücksicht auf den ironischen Ton mehrerer früheren Redner fort, »ohne Ironie sprechen, weil mir die Angelegenheit, um die es sich handelt, viel zu ernst erscheint und viel zu wichtig ist, um darüber auch nur ein einziges scherzhaftes Wort zu äußern; also schlecht und recht, ohne die Absicht, Jemanden zu verletzen und zu kränken, aber freilich auch ohne die Hoffnung, hier Jemanden zu gewinnen, spreche ich lediglich um des Gewissens willen, um des Landes willen, um der Nachkommen willen, welche die Frage mit unbefangenerem Auge betrachten werden, als die Gegenwart.«

Die Abgeordneten wollen bekanntlich wiederum die Kosten für die neuen Heereseinrichtungen nicht bewilligen und dadurch die Regierung zwingen, diese Einrichtungen wieder aufzugeben.

Der Minister sagte darüber: die Regierung könne dem nicht Folge geben, weil die Pflicht der Selbsterhaltung des Staats es nicht zulasse; die Ausführung von Beschlüssen, welche dieser Pflicht entgegenlaufen, sei vollständig unausführbar. »Sie machen der Regierung den Vorwurf, daß sie die Reorganisation aufrecht erhalte, ungeachtet Ihrer Beschlüsse. Sie fordern Gehorsam für dieselben in einem Augenblicke, wo nicht blos die Segnungen dieser neuen Heeresorganisation zum ersten Male in größerem Maßstabe zur Geltung kommen, sondern auch in einem Augenblicke, wo für Preußen die Entwickelung großartiger Militairkräfte eine Nothwendigkeit geworden ist, in dem Augenblicke, wo Sie selbst von der Regierung Schritte verlangen, die das Vaterland mit allen großen militairischen Mächten Europa's in ernste Konflikte zu verwickeln drohen.«

»Sie wollen, oder Sie scheinen zu wollen, daß die Regierung rückgängig macht, was durch die sogenannte Reorganisation geschehen ist. Wenn die Regierung aber solchem Beschlusse Folge gäbe, würden Sie damit übereinstimmen? Ich bin der Ansicht, wenn die Regierung es thäte, so würde sie des schwersten Vergehens gegen die Sicherheit des Landes sich schuldig machen. Sie wissen dies recht gut, eben so gut wie die Regierung, aber Sie dringen darauf durch Ihre Beschlüsse, meinend, daß die Ihnen mißliebige Regierung dadurch gestürzt werden müsse. Sie sagen zur Regierung: entweder kein Budget, oder Ruin der Armee. Sie können selbst gar nicht wünschen, daß Ihren Beschlüssen diese Folge gegeben werde, denn kein Patriot kann es wünschen. Sie treiben Tendenzpolitik mit einem solchen Beginnen, Sie wollen das Ministerium stürzen und fassen Beschlüsse, welche die Sicherheit des Landes gefährden. Sie treiben Tendenzpolitik auch in der Beziehung, daß Sie der Regierung die äußere Politik vorschreiben wollen. In beiden Beziehungen, meine Herren, beabsichtigen Sie etwas, was die Verfassung verletzt. Nach der Verfassung gebührt Sr. Majestät dem Könige die Wahl seiner Räthe. Sie wünschen diese jetzigen Räthe Sr. Majestät entfernt zu sehen und Personen Ihrer Wahl an ihre Stelle treten zu lassen.«

»Es kommt noch Eines hinzu: dieses Mal beabsichtigen Sie, das Militair-Budget zu verstümmeln, noch bevor Sie über das vorgelegte sogenannte Reorganisations-Gesetz Beschluß gefaßt haben; Sie lassen also auch die letzte Rücksicht außer Augen, die bisher noch in dieser Frage beobachtet worden ist. Im Jahre 1862 sagten Sie, Sie würden bewilligen, wenn Ihnen ein Reorganisations-Gesetz vorgelegt worden. Es war damals vielseitig davon die Rede, warum ein solches damals nicht vorgelegt worden. Jetzt räth Ihre Kommission, das Budget zu verwerfen, obgleich Ihnen ein Reorganisationsgesetz vorgelegt worden ist, und bevor sie es geprüft und berathen haben. Das ist ein bemerkenswerther Fortschritt auf Ihrer Bahn. Sie wollen Beschlüsse fassen, deren Befolgung sie selbst für verwerflich erachten müssen, und fordern dazu auf, noch bevor Sie die Gründe zu diesen Beschlüssen ganz erwogen haben können. Die Regierung kann Sie nicht daran hindern; aber ich muß gegen ein solches Verfahren vor dem Lande Verwahrung einlegen. Wollen Sie Ihr hohes Spiel fortsetzen im Vertrauen auf den Gewinn, den Ihnen nach Ihrer Meinung die Zukunft verheißt, wohlan, so setzen Sie dieses gefährliche Spiel fort!«

Wochenschau.

(Die Landtags-Session) scheint ihrem Ende entgegenzugehen, leider wiederum ohne jede Frucht für das Land.

Als der König vor zwei Monaten den Landtag eröffnete, sagte er: »Es ist Mein dringender Wunsch, daß den zwischen Meiner Regierung und einem Theile der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnissen ein Ende gemacht werde.« Das Verhalten des Abgeordnetenhauses aber zeugt tagtäglich dafür, daß dieser Wunsch des Königs nicht erfüllt werden soll. Das Haus hat den Staatshaushalt für 1863, zu dessen Feststellung vor Schluß des Jahres der Landtag noch einmal berufen war, gar nicht vorgenommen, den Staatshaushalt für 1864 aber in allen Punkten, über die bisher der Streit bestand, wiederum gerade so willkürlich und eigenmächtig und so ohne alle Rücksicht auf das offenbare Bedürfniß des Staats behandelt, daß an eine Zustimmung des Herrenhauses, wie der Regierung gar nicht zu denken ist, — so daß die Uebereinstimmung der Regierung und beider Häuser, welche nach der Verfassung zum Zustandekommen des Staatshaushalts-Gesetzes nöthig ist, wiederum nicht erreicht werden kann.

Das Abgeordnetenhaus hat so eben als letzten Theil des Staatshaushalts den Militair-Etat berathen und ist dabei ganz so verfahren, wie im vorigen Jahre, indem sämmtliche Kosten der seit drei Jahren bestehenden neuen Heereseinrichtungen im Betrage von 5½ Millionen gestrichen worden sind. Nicht blos der Kriegsminist r sprach sich dagegen (wie oben zu lesen) in kräftiger Rede aus, und nicht blos die konservativen Abgeordneten traten entschieden für die neue Organisation ein, sondern selbst sonstige Gegner der Regierung tadelten laut das Verhalten der Mehrheit. Graf Schwerin sagt: »Ich halte dafür, daß die Reorganisation wesentlich im Interesse des Landes liegt: sie erhöht die Wehrkraft, fördert den Nationalwohlstand und bei rücksichtsvoller Durchführung belastet sie die Finanzkräfte nicht zu schwer. Noch ist die Steuerlast des Landes dadurch nicht vermehrt; die Jahres-Einnahmen sind gestiegen, haben Ueberschüsse ergeben, der Staatsschatz hat nicht angetastet zu werden brauchen; vom nächsten Jahre ab wird durch die Grundsteuer das Verhältniß noch günstiger.«

Zwar meinte Graf Schwerin, daß einige Aenderungen von der Regierung zugegeben werden könnten, doch schloß er dann: »Wir können im gegenwärtigen Augenblick dringender Kriegsgefahr die Verantwortlichkeit nicht übernehmen für die Fassung eines Beschlusses, dessen strikte Ausführung eigentlich Niemand will, dessen Ausführung aber momentan das Land wehrlos machen würde.«

Ferner sagte der Abgeordnete von Vincke (Olbendorf): »Er wünsche zwar in mancher Beziehung eine Verringerung der von der Regierung geforderten Summe, doch sei für ihn jetzt die Hauptsache die, daß das Vaterland in Gefahr sei, und in einem solchen Falle